

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
30. November 2011
- 3 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß
Vorlage: 09/SVV/0428
Fraktionen SPD
- 4 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht
Vorlage: 10/SVV/0543
Gruppe Die Andere
- 5 Sozial gerechte Bodennutzung
Vorlage: 11/SVV/0796
Fraktion SPD
- 6 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!
Vorlage: 11/SVV/0799
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 11/SVV/0889
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement
- 8 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe
Vorlage: 10/SVV/1054
Fraktion DIE LINKE
- 9 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 11/SVV/0912
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 10 Eintrag ins Goldene Buch
Vorlage: 11/SVV/0970
Fraktion DIE LINKE
- 11 Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c
Vorlage: 11/SVV/0968
Fraktion Die Andere
- 12 Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das

Finanzausgleichgesetz (BbgFAG)
Vorlage: 11/SVV/0971
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

- 13 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2011
Vorlage: 11/SVV/0973
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 13.1 Verlängerung der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld bis zum 31.12.2020
Vorlage: 11/SVV/0974
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 14 Betreuungseinrichtung für Tiere
Vorlage: 11/SVV/0986
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 15 Geschäfte von Aufsichtsratsmitgliedern mit den städtischen Gesellschaften
Vorlage: 11/SVV/0976
Fraktion Potsdamer Demokraten
- 16 Mitteilungen der Verwaltung
- 16.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: 11/SVV/0806
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
- 16.2 Vorstellung der Modelle und einer Vorzugsvariante
- 16.3 Bericht zur Umsetzung des Landesvergabegesetzes
zu Beschluss 11/SVV/0713
Vorlage: 11/SVV/0962
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- 16.4 Vorlage eines Vergleichs der Geschäftsführergehälter und Bericht zu den Einstellungskonditionen
- 16.5 Sachstandsbericht über die getroffenen Maßnahmen bezüglich der Zuwegung zum Sportplatz 'Westkurve'
gemäß Beschluss: 11/SVV/0711
- 16.6 Konzept Waschhaus
Vorlage: 11/SVV/0894
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 16.7 Beschlusskontrolle
gemäß DS: 09/SVV/0951 und 09/SVV/0955
Vorlage: 11/SVV/0963
Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

- 16.8 Personalentwicklungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0897
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 16.9 Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes zur Stabilisierung der Wasser- und
Abwasserpreise
gemäß Beschluss: 11/SVV/0523
- 16.9.1 Bericht zu neuen Regelungen der Trink- und zentralen Abwassergebühren
Vorlage: 11/SVV/0975
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 16.10 Städtische Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und
Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Änderung der
Richtlinien
Vorlage: 11/SVV/0895
Oberbürgermeister
- 16.11 Information zum Verfahren der Bürgerbeteiligung bezüglich des Badneubaus
- 16.12 Sachstand Sanierung Archiv
- 16.13 Informationen zum Beschluss 11/SVV/0926 - Buslinie 696, Robert-Baberske-
Straße - Bahnhof Griebnitzsee -Fahrten auch am Wochenende
- 17 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30. November 2011

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung einigt sich der Hauptausschuss auf folgende Änderungen:

- TOP 3 wird am 4.01.2012 erneut aufgerufen.
- TOP 4 wird zurückgestellt, da im KOUL nicht beraten.
- TOP 5 - 8 werden zurückgestellt, da im Finanzausschuss noch nicht abschließend beraten.
- TOP 9 wird auf Bitte von Herrn Schüler zurückgestellt, da er es in seiner Fraktion noch einmal besprechen will.
- TOP 16.1 wird zurückgestellt, da Frau Trauth-Koschnik erkrankt ist.

Herr Rietz regt an, diejenigen Mitteilungen der Verwaltung (TOP 16) zurückzustellen, die nicht dringend behandelt werden müssen oder für deren Behandlung sich keine Mehrheit findet. Dieser Vorschlag wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Daraufhin werden:

- TOP 16.2 und TOP 16.3 zurückgestellt.
- TOP 16.4 mit Stimmenmehrheit zurückgestellt.
- TOP 16.5 mit Stimmenmehrheit auf TO belassen.
- TOP 16.6, 16.7, 16.8, 16.10 zurückgestellt.
- TOP 16.9 mit Stimmenmehrheit auf TO belassen.
- TOP 16.11 und 16.12 auf TO belassen.
- Zusatz-TOP „Bericht über die Beratung mit den Ortsvorstehern“ auf TO belassen.
- Zusatz-TOP „Information zum Beschluss 11/SVV/0926 – Buslinie 696“ auf Wunsch von Frau Birgit Müller zurückgestellt.

Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig **zugestimmt**.

Das Protokoll der 61. Sitzung des Hauptausschusses vom 30.11.2011 wird einstimmig **angenommen**.

Einem beantragten Rederecht von Frau Heide Alrich zu TOP 11 wird **zugestimmt**.

zu 3 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß
Vorlage: 09/SVV/0428
 Fraktionen SPD

Herr Schubert erklärt, den Antrag bis 4.01.2012 zurückzustellen, um die Informationen aus dem nicht-öffentlichen Teil in die Entscheidungsfindung einfließen lassen zu können.

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 4 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht
Vorlage: 10/SVV/0543
 Gruppe Die Andere

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 5 Sozial gerechte Bodennutzung

Vorlage: 11/SVV/0796
Fraktion SPD

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 6 **Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!**
Vorlage: 11/SVV/0799
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 7 **Leitlinie Grundstücksverkäufe**
Vorlage: 11/SVV/0889
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 8 **Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe**
Vorlage: 10/SVV/1054
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 9 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH**
Vorlage: 11/SVV/0912
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 10 **Eintrag ins Goldene Buch**
Vorlage: 11/SVV/0970
Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird nach kurzer Diskussion zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Eintragungen ins Goldene Buch der Stadt spätestens zwei Sitzungen des Hauptausschusses vor dem Termin des beabsichtigten Eintrages dem Hauptausschuss zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 11 **Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c**

Vorlage: 11/SVV/0968

Fraktion Die Andere

Frau Heide Alrich nimmt ihr Rederecht wahr.

Die Fraktion Die Andere bringt ihren Antrag ein und begründet kurz. Sie bittet darum, die Sanierung der Häuser auszusetzen, bis erneut Fördermittel beantragt werden können.

Frau Bankwitz fragt, wie hoch derzeit die Mieten sind. Herr Westphal antwortet, dass die Mieten derzeit bei 3,00 bis 3,50 € Kaltmiete pro m² liegen. Auch nach der Sanierung werden die Mieten unter 7,00 € gekappt, auch wenn gesetzlich eine Erhöhung über 9,00 € zulässig wäre.

Der Oberbürgermeister fragt nach, ob überhaupt noch die Möglichkeit auf Förderung bestehe. Herr Westphal bezweifelt dies, da die Fördertöpfe des Landes bereits so gut wie ausgeschöpft seien. Herr Müller-Zinsius ergänzt, dass bei einer späteren Sanierung das Zinsniveau höher liegen könnte als derzeit, weshalb auch bei einer Förderung der Effekt für die Mieter verpuffen könnte. Die Förderung ändere auch nichts an der Kappung bei ca. 6,60 €.

Der Oberbürgermeister stellt daraufhin fest, dass der Antrag seinen gedachten Zweck wohl nicht erfüllen könne.

Herr Schubert empfiehlt daher den Antragstellern, den Antrag noch einmal zurückzustellen und gemeinsam mit der Pro Potsdam nach einer Lösung zu suchen.

Herr Dr. Scharfenberg hält das Thema für eine grundsätzliche Frage, die nicht allein die Antragsteller lösen könnten. Daher wäre eine erneute Verständigung im Januar sinnvoll.

Die Antragsteller stimmen einer Zurückstellung zu.

Der Hauptausschuss stellt den Antrag bis 18.01.2011 zurück.

**zu 12 Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das
Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG)**

Vorlage: 11/SVV/0971

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Herr Exner erläutert, dass sich die anderen kreisfreien Städte bereits entschieden haben, Klage einzureichen. Er verweist auf die Kassenkreditvolumen der kreisfreien Städte, die gemeinsam bei derzeit fast 400 Mio. € liegen. Bei der Verfassungsbeschwerde handle es sich nicht um eine „Zahlungsklage“, vielmehr werde das FAG-Gesetz überprüft. Für Details verweist er auf das Gutachten des Rechtsanwalts Dombert.

Herr Scharfenberg ist überrascht über die Klage, da die kreisfreien Städte noch nie so vorgegangen seien. Die Ansatzstaffel sei gerade erst erhöht worden. Potsdam profitiere mit 15 Mio. € zusätzlicher allgemeiner Schlüsselzuweisungen. Das müsse man zur Kenntnis nehmen. Außerdem geben es Ausgleich für den Hauptstadtvertrag. Er hält von der Klage daher nichts.

Herr Schubert erklärt, der Vorlage auch nicht zustimmen zu können, da es der

Landeshauptstadt Potsdam gut gehe. Eine solche Klage wäre ein falsches Signal.

Frau Bankwitz kann nachvollziehen, dass gegen die Klage Einwände der Fraktionen erhoben werden, die die rot-rote Landesregierung stellen. Gleichzeitig verstehe sie die Verwaltung, die die Finanzausstattung durch das Land kritisiert. Sie fragt nach den Kosten.

Herr Exner erläutert, dass das Gutachten der Anwaltskanzlei 50.000 € gekostet habe, die sich die kreisfreien Städte teilen. Er verweist nochmal darauf, dass das Problem für Potsdam bei den investiven Schlüsselzuweisungen läge. Bleibe es bei den Entscheidungen der Landesregierung, werde Potsdam in den kommenden Jahren 16 Mio. € weniger Investitionsmittel zur Verfügung haben.

Herr Schüler hält den Ansatz von Rechtsanwalt Dombert für nachvollziehbar. Außerdem könne man die anderen kreisfreien Städte nicht im Regen stehenlassen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass seit Frühjahr 2011 mit den anderen kreisfreien Städte Gespräche zu dieser Problematik laufen würden. Auch mit den Fraktionen des Landtages und mit der Landesregierung wurde gesprochen. Das Verfassungsgericht könne wichtige Hinweise zur Novelle des FAG liefern, die 2012 ohnehin vorgesehen sei.

Herr Wegewitz fragt, ob ausgeschlossen sei, dass Potsdam bei einem Erfolg der Klage nicht schlechter dastehe. Herr Exner antwortet, dass man dies nicht ausschließen könne, da der Gesetzgeber auf Gerichtsurteile auch reagieren würde.

Frau Schröter meint, die Sache sollte politisch gelöst werden. Die Bemühungen des Landes sollte man zur Kenntnis nehmen. Die Landkreise würden über die Klage der kreisfreien Städte auch nicht glücklich sein.

Der Oberbürgermeister stellt noch einmal klar, dass nicht Potsdam allein klage. Die Interessen der kreisfreien Städte und der Landkreise seien oft gegensätzlich. Daher stehe die Landesregierung einer Klage auch aufgeschlossen gegenüber, da sie das Verhältnis der kreisfreien Städte zu den Landkreisen in der Systematik des FAG klären könnte.

Herr Scharfenberg meint, es sei eine Unsitte, den Weg über die Gerichte zu suchen. Es gebe schon jetzt die Entscheidung, die Hauptansatzstaffel zugunsten der kreisfreien Städte zu ändern. Er hält es für richtig, dass die investiven Schlüsselzuweisungen sinken, da die allgemeinen Schlüsselzuweisungen frei genutzt werden könnten – auch für Investitionen.

Herr Exner widerspricht. Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen könnten eben nicht für Investitionen genutzt werden, da die Stadt einen defizitären Ergebnishaushalt habe.

Herr Schubert glaubt, dass mit der Klage kein Stich gemacht werden könnte. Vielmehr werde nur neuer Unmut gegenüber Potsdam erregt. Der zu verteilende Kuchen sei begrenzt.

Herr Schultheiß findet es interessant, dass diejenigen Parteien, die die Regierung im Landtag bilden, gegen die Klage sind. (Zwischenruf Oberbürgermeister: „Ich

nicht!"; Zwischenrauf Frau Bankwitz: „Na Sie nicht, Sie sind ja unser aller OB!“)
Herr Schultheiß spricht sich für die Klage aus.

Der Oberbürgermeister appelliert noch einmal daran, der Klage zuzustimmen und die geschlossene Phalanx der kreisfreien Städte nicht zu verlassen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den drei weiteren kreisfreien Städten Brandenburgs – Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) – Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Finanzausgleichsgesetz 2011 (BbgFAG) vor dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg zu erheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 7
Stimmenthaltung: 0

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag mit Stimmengleichheit ab.

zu 13 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2011

Vorlage: 11/SVV/0973

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Klipp stellt fest, dass die Entscheidung, das Bornstedter Feld als Entwicklungsmaßnahme zu führen, richtig war. Er bittet daher diese positive Entwicklung fortsetzen zu können und der Höhe des Kreditrahmens zuzustimmen.

Frau Bankwitz stellt fest, dass die Beschlussvorlage Bezug auf einen Beschluss aus dem April nimmt. Herr Müller-Zinsius antwortet, dass die Höhe des Kreditrahmens unverändert bleibe, nur die Begründung – mit der Verlängerung der Maßnahme – sich geändert habe.

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme für die Entwicklungsmaßnahme beträgt für das Jahr 2011 höchstens 10.665.200,00 €. Eine bedarfsbezogene Kreditaufnahme hat möglichst dergestalt zu erfolgen, dass Sondertilgungsrechte in der Weise bestehen, dass am Ende der Entwicklungsmaßnahme lediglich das genehmigte Defizit in Höhe von 7.824.299,66 € durch die Stadt zu übernehmen ist.**
- 2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2011 schriftlich zuzustimmen.**

3. Gleichzeitig wird der Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2011 vom 27.04.2011 (11/SVV/0321) außer Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 13.1 Verlängerung der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld bis zum 31.12.2020

Vorlage: 11/SVV/0974

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Müller-Zinsius berichtet, dass die Entwicklungsmaßnahme evaluiert wurde und übergibt das Wort an das beauftragte Büro.

Herr Prof. Lühke-Daldrup erläutert die Entwicklung des Bornstedter Feldes bis zum Stichtag 31.12.2010. Im Hinblick auf die Ziele der Entwicklungsmaßnahme wurde gefragt, welcher Zeitraum bis zu einem Abschluss sinnvoll sei, vor allem im Hinblick auf den geplanten Geschosswohnungsbau, die Sicherung der bisherigen Qualität und die Erlösaussichten. Er zieht eine positive Bilanz der Entwicklungsmaßnahme und betont, dass nach derzeitigem Stand eine Refinanzierung der Maßnahme aus den Grundstücksveräußerungen zu 98 Prozent erreicht werden kann.

Herr Müller-Zinsius reicht die Evaluation an die Mitglieder aus.

Der Oberbürgermeister resümiert, dass in den 90er Jahren die Entwicklungsmaßnahme stark in der Kritik stand. Man brauche eben einen langen Atem für solche Maßnahmen. Derzeit gebe es auch genug Nachfrage nach Flächen für den Geschosswohnungsbau. Er bedankt sich bei den Beteiligten für ihr Engagement.

Herr Müller-Zinsius appelliert an diejenigen, die im Land Einfluss auf Wohnungsbauprogramme haben, diesen zu nutzen. Nur mit einer Neubauförderung könnte die soziale Durchmischung erreicht werden. Auch im Hinblick auf die Vorranggebiete Wohnen sei eine Änderung nötig, um wenigstens Eigentumsförderung zu erhalten.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Hauptausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 14 Betreuungseinrichtung für Tiere

Vorlage: 11/SVV/0986

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller-Preinesberger erläutert die Mitteilungsvorlage.

Herr Scharfenberg hält alle 3 Grundstücke für geeignet. Beim SAGO-Gelände gäbe es aber die günstigsten Bedingungen. Bereits Ende 2010 habe die SVV den Beschluss gefasst, das Gelände zu teilen. Von Seiten des Landes bestünden dazu keine Hindernisse. Es gebe dort auch Baulichkeiten, die nutzbar wären. Er wünscht sich ein zügiges Verfahren.

Für Herrn Schultheiß bleiben nur die Standorte SAGO-Gelände oder Marquardter Straße. Eiche scheidet wegen der Bürgerproteste aus.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass es Investoren zurückschrecken könnte, wenn auf einem Teil des SAGO-Geländes ein Tierheim existiere.

Frau Bankwitz fragt, ob man tatsächlich das SAGO-Gelände als Gewerbefläche aufgeben sollte.

Herr Schubert stellt fest, dass das SAGO-Gelände als Gewerbefläche eigentlich mal Konsens war. Daher bliebe nur die Marquardter Straße.

Auf Nachfrage teilt Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, mit, dass er einer Nutzung eines Teils des SAGO-Geländes für ein Tierheim ablehnend gegenübersteht. Er habe den Beschluss aus 2010 auch so verstanden, dass das SAGO-Gelände für kleinteilige Gewerbeansiedlungen aufgeteilt werden sollte, nicht um dort andere Nutzungen unterzubringen.

Herr Rietz weist darauf hin, dass es auch in der Marquardter Straße Anwohner gebe, auch wenn dies weniger seien als in Eiche.

Der Oberbürgermeister bittet um Äußerungen, wie mit der Angelegenheit weiter verfahren werden soll.

Mehrere Ausschussmitglieder nennen ihre Präferenzen.

Nach kurzer Debatte entscheidet der Hauptausschuss, eine Trendabstimmung vorzunehmen. Für den Standort Eiche spricht sich kein Mitglied aus. Für den Standort SAGO-Gelände sprechen sich 8 gegen 5 Mitglieder aus. Der Standort Marquardter Straße wird mehrheitlich abgelehnt. Der Oberbürgermeister stellt fest, dass damit das SAGO-Gelände übrig bleibe und kündigt eine Beschlussvorlage für die HA-Sitzung am 18.01.2012 an.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 15 Geschäfte von Aufsichtsratsmitgliedern mit den städtischen Gesellschaften
Vorlage: 11/SVV/0976
Fraktion Potsdamer Demokraten

Herr Schultheiß bringt den Antrag ein und begründet sein Auskunftsersuchen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es in den städtischen Beteiligungen Insiderregelungen gebe, die auch ausgereicht werden könnten. Der Teilöffentlichkeit „Aufsichtsrat“ seien auch alle Fälle bekannt. Diese könnten zur Kenntnis gegeben werden.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, noch vor der Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern für städtische Gesellschaften dem Hauptausschuss – ggfls. im nicht-öffentlichen Teil - zu berichten, welche Stadtverordnete als Aufsichtsratsmitglieder für sich selbst, ihre Unternehmen oder für Angehörige in den vergangenen drei Jahren mit städtischen Gesellschaften oder deren Tochter- bzw. Enkelunternehmen Dienst- oder Werkverträge abgeschlossen haben.

Sofern das der Fall war, soll die Antwort auch die Frage umfassen, ob diese Geschäfte beim jeweiligen Aufsichtsrat offen gelegt und dort gemäß § 114 AktG genehmigt worden sind bzw. ob den Regeln der „Leitlinien guter Unternehmensführung“ der Landeshauptstadt Potsdam entsprochen wurde.

Außerdem wird der OB beauftragt zu berichten, ob und welche Aufsichtsratsmitglieder in den vergangenen drei Jahren Provisionszahlungen oder sonstige finanzielle Zuwendungen über die Aufsichtsratsvergütung hinaus erhalten haben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 16 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 16.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: 11/SVV/0806**

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 16.2 Vorstellung der Modelle und einer Vorzugsvariante

zurückgestellt – siehe TOP 2

**zu 16.3 Bericht zur Umsetzung des Landesvergabegesetzes
zu Beschluss 11/SVV/0713**

Vorlage: 11/SVV/0962

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

zurückgestellt – siehe TOP 2

**zu 16.4 Vorlage eines Vergleichs der Geschäftsführergehälter und Bericht zu den
Einstellungskonditionen**

zurückgestellt – siehe TOP 2

**zu 16.5 Sachstandsbericht über die getroffenen Maßnahmen bezüglich der
Zuwegung zum Sportplatz 'Westkurve'
gemäß Beschluss: 11/SVV/0711**

Der Oberbürgermeister bittet um Behandlung im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung, da Vertragsgegenstände betroffen seien.

Herr Scharfenberg bemerkt, dass die Genossenschaft den Weg nicht sperren werde, aber an einer Einigung interessiert sei.

Der TOP wird im nicht-öffentlichen Teil erneut aufgerufen.

- zu 16.6 Konzept Waschhaus**
Vorlage: 11/SVV/0894
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

zurückgestellt – siehe TOP 2

- zu 16.7 Beschlusskontrolle**
gemäß DS: 09/SVV/0951 und 09/SVV/0955
Vorlage: 11/SVV/0963
Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

zurückgestellt – siehe TOP 2

- zu 16.8 Personalentwicklungskonzept**
Vorlage: 11/SVV/0897
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

zurückgestellt – siehe TOP 2

- zu 16.9 Vorlage eines Maßnahmekonzeptes zur Stabilisierung der Wasser- und Abwasserpreise**
gemäß Beschluss: 11/SVV/0523

- zu 16.9.1 Bericht zu neuen Regelungen der Trink- und zentralen Abwassergebühren**
Vorlage: 11/SVV/0975
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Scharfenberg fragt an, wie es nach 2015 weitergeht, wenn der Berichtszeitraum gemäß Mitteilungsvorlage endet. Er schlägt vor, im Dezember 2012 über die Umsetzung und die Fortschreibung des Konzeptes zu berichten.

Herr Böhme merkt an, dass vier Faktoren die Preise beeinflussen würden: Investitionen, Verbrauch, Fördermittel und interne Kosten des Unternehmens. Alle 5 Jahre sei eine Trinkwasserkonzeption vorzulegen. Ein Bericht im Dezember 2012 könne daher gegeben werden.

Der Oberbürgermeister schlägt daher vor, so zu verfahren.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Hauptausschuss zur Kenntnis genommen.

- zu 16.10 Städtische Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Änderung der Richtlinien**
Vorlage: 11/SVV/0895
Oberbürgermeister

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 16.11 Information zum Verfahren der Bürgerbeteiligung bezüglich des Badneubaus

Herr Pfrogner hat zu diesem TOP Rederecht beantragt. Der Oberbürgermeister fragt, ob Einwände bestehen. Diese bestehen nicht. Herr Pfrogner nimmt sein Rederecht wahr.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Herrn Pfrogner im Vorfeld beantworteten Fragen zum Werkstattverfahren, die er im Bauausschuss am 13.12.11 eingereicht hatte, allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Frau Harrer von malik management stellt ihr Unternehmen und die Methode vor, die im Werkstattverfahren Anwendung finden soll. Sie verweist auf Referenzprojekte und macht klar, dass es um ein ergebnisoffenes Beteiligungsverfahren geht, in dem alle Interessen zu Wort kommen sollen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob es sich um ein offenes Verfahren handelt, da die Beschlusslage der SVV bereits ein Bad an der Biosphäre vorsehe.

Frau Harrer bekräftigt, dass es keine Vorgaben gibt und ein ergebnisoffener Prozess gestaltet werden soll. Dies unterstreicht auch der Oberbürgermeister, der darauf hinweist, dass malik management die Ergebnisoffenheit auch zur Bedingung für die Annahme des Auftrages gemacht hat.

Auf Nachfrage teilt der Oberbürgermeister mit, dass das Verfahren rund 90.000 € Kosten verursachen wird zuzüglich von rund 100.000 € für die Bürgerbefragung.

In der Debatte werden technische Nachfragen zu den geplanten Teilnehmern, der Dauer des Verfahrens, dem Rückmeldetermin u. ä. gestellt sowie die Belastung thematisiert, die solch ein Verfahren für Ehrenamtler mit sich bringe.

zu 16.12 Sachstand Sanierung Archiv

Frau Seemann gibt den Sachstandsbericht.

Auf Nachfrage von Frau Müller führt Herr Richter aus, dass die Prüfung der Kosten sich auf einen Umfang der Baumaßnahmen bezieht, die in dem vom Archiv gestellten Bauantrag enthalten sind.

neu Bericht zu den Beratungen mit den Ortsvorstehern

Der Oberbürgermeister berichtet, dass der GB 2 bei diesem Treffen die Berichterstattung hatte. Es wurde daher über die Schulentwicklungsplanung und die Sportentwicklungsplanung in den Ortsteilen gesprochen. Außerdem wurde mit dem GB4 über den Flächennutzungsplan und die Strategie im Hinblick auf die 110kV-Leitung in Marquardt-Golm gesprochen.

zu 16.13 Informationen zum Beschluss 11/SVV/0926 - Buslinie 696, Robert-Baberske-Straße - Bahnhof Griebnitzsee -Fahrten auch am Wochenende

zurückgestellt – siehe TOP 2

zu 17 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg bittet um einen **Sachstand zur Turnhalle der Griebnitzsee-Schule**. Frau Dr. Magdowski legt den Sachstand dar. Demnach wurden die Widersprüche der Nachbarn und der Eltern vom Bauamt zurückgewiesen. Der Sportbetrieb ist auch in der Interimszeit gesichert. Im Sommer 2012 wolle das Erzbistum die neue Turnhalle fertiggestellt haben. Der von der SVV gefasste Beschluss sei nicht durchführbar, da kein Einfluss auf den privaten Dritten genommen werden könnte.

Herr Dr. Wegewitz fragt, ob eine Klage der Eltern aufschiebende Wirkung hätte. Herr Klipp verneint das. Die Baugenehmigung der neuen Halle sei rechtskräftig.

Herr Dr. Scharfenberg fragt an, ob Spundwände u. ä. gebaut werden könnten, um Abhilfe zu schaffen. Herr Richter erwidert darauf hin, dass dies Kosten verursachen würde, die ungefähr so hoch wären, wie die für die Außenanlage der Schule.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Verwaltung alles getan habe, um ihren Einfluss beim Bistum geltend zu machen.

Der Hauptausschuss einigt sich darauf, nach dem vorgesehenen erneuten Gespräch mit dem Bistum **im Hauptausschuss am 18.01.2012 das Thema erneut aufzurufen**.

Herr Scharfenberg bittet darum, vom **Schaustellerverband** verlangte höhere Kosten für die Nutzung des Lustgartens zu erlassen. Das Thema soll am 4.01.2011 erneut aufgerufen werden.

Herr Scharfenberg fragt nach dem **Uferwegekonzept für die Speicherstadt**. Herr Klipp gibt bekannt, dass dieses zur SVV am 25.01.2012 vorliegen würde.

Der Oberbürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:10 Uhr.